

Wo Deutschlands mächtigste Richter sitzen

unspektakulär — nicht besonders; unauffällig

das letzte Wort sein — die endgültige Entscheidung sein

Senat, -e (m.) — eine Gruppe von Richtern an einem hohen deutschen Gericht

etwas prüfen — hier: etwas untersuchen; etwas kontrollieren

Grundgesetz (n., nur Singular) — die wichtigsten gesetzlichen Grundregeln der deutschen Gesellschaft; die deutsche Verfassung

jemandem Grenzen setzen — jemandem etwas verbieten; jemandem nicht alles erlauben

Muslim, -e/Muslima, -s — eine Person, die den Islam als Religion hat

klagen — hier: vor einem Gericht gegen etwas kämpfen; vor Gericht gehen

ein|gehen — hier: bei jemandem ankommen (ein Brief, eine Sendung, ein Auftrag); hereinkommen

etwas rechtfertigen — ein guter Grund für etwas sein; etwas legitimieren

Verfassungsbeschwerde, -n (f.) — die Tatsache, dass jemand vor Gericht dagegen kämpft, dass eine politische Entscheidung gegen das Grundgesetz ist

etwas ab|weisen — hier: etwas nicht annehmen; etwas nicht bearbeiten

sich einig sein — hier: einer Meinung sein; eine gemeinsame Lösung finden

Tonfall, -fälle (m.) — die Art, wie jemand spricht und welche Wörter er benutzt

hoch hergehen — hier umgangssprachlich für: laut und stark diskutiert werden

Bedauern (n., nur Singular) — die Tatsache, dass man etwas schade findet

Instanz, -en (f.) — die Stelle einer Behörde, die für etwas zuständig ist

jemandem Rechenschaft schuldig sein — jemandem sein Handeln und Tun erklären und begründen müssen

Arschloch, -löcher (n.) — hier: ein sehr starkes Schimpfwort für eine Person, die sich schlecht benimmt

Das Bundesverfassungsgericht schützt das deutsche Grundgesetz. Bei den Bürgern ist es beliebt, aber Politikern gefallen die Urteile manchmal gar nicht. Denn das Verfassungsgericht setzt der Politik oft Grenzen.

Das Bundesverfassungsgericht (kurz: BVerfG) hat seinen Sitz in einem unspektakulären Gebäude in einer unspektakulären Stadt: in Karlsruhe. Es ist mächtiger als die meisten Gerichte auf der Welt. Seit 1951 ist sein Urteil das letzte Wort in Deutschland. 16 Richter in zwei Senaten prüfen beim BVerfG, ob Entscheidungen oder Gesetze dem deutschen Grundgesetz widersprechen. Da, wo die Grundrechte von jemandem verletzt werden, setzt es der Politik Grenzen. Zwei Muslima klagten vor einigen Jahren zum Beispiel dagegen, dass es Lehrerinnen verboten wurde, in der Schule ein Kopftuch zu tragen. Das BVerfG gab ihnen recht, weil dies der Religionsfreiheit widerspricht.

Solche Beispiele machten vielen Bürgern Mut, vors BVerfG zu gehen. Über 6000 Klagen gehen jährlich in Karlsruhe ein. „Jeder Fall wird von drei Richtern und wissenschaftlichen Mitarbeitern geprüft“, erzählt der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio. Aber nicht jeder Fall rechtfertigt eine Verfassungsbeschwerde. Über 90 Prozent der Klagen werden abgewiesen.

Die acht Richter in einem Senat sind sich bei Entscheidungen nicht immer einig. Die Minderheit darf dann ihre Meinung unter dem Urteil in einem sogenannten „Sondervotum“ erklären – auch eine Besonderheit des Verfassungsgerichts. „Man kann manchmal an den Sondervoten, manchmal auch am Tonfall der Sondervoten sehen, dass es im Senat hoch hergegangen sein muss“, erzählt Di Fabio.

Dass das BVerfG durch Urteile Einfluss auf die Politik nehmen kann, gefällt manchen Politikern gar nicht. Bereits Konrad Adenauer sagte über das BVerfG: „Über Karlsruhe ist nur der blaue Himmel!“ Damit wollte er sein Bedauern deutlich machen, dass die Richter keiner höheren Instanz Rechenschaft schuldig sind. Unfreundlicher hat es der SPD-Politiker Herbert Wehner in den 1970er-Jahren ausgedrückt: „Wir lassen uns doch von den Arschlöchern in Karlsruhe nicht unsere Politik kaputt machen.“

Fragen zum Text.

Welche Antworten sind richtig? Es können auch mehrere Antworten richtig sein.

Welche Aussage steht im Text?

- Zu über 6000 Klagen muss das Bundesverfassungsgericht pro Jahr ein Urteil sprechen.
- Die meisten Klagen, die beim BVerfG eingehen, werden vom Gericht nicht genehmigt.
- Seinen Hauptsitz hat das BVerfG in Berlin.

Was steht im Text? Das Bundesverfassungsgericht ...

- verbot ein Kopftuch-Verbot.
- entschied, dass das Tragen des Kopftuchs in der Schule zur Religionsfreiheit gehört.
- wies die Klage von zwei muslimischen Frauen ab.

In dem „Sondervotum“ ...

- begründen die Richter ihr Urteil vor der Regierung.
- können die Richter im Senat, die zu einem Urteil eine andere Meinung haben, ihre Meinung sagen.
- werden Minderheiten genannt, deren Grundrechte in Deutschland von Gesetzen verletzt werden.

Welche Sätze sind richtig?

Im Deutschen sind viele Satzstellungen möglich. Welche der folgenden Sätze haben eine sinnvolle Bedeutung? Kreuzt an. Mehrere Antworten sind richtig. Achtet dabei auf die Fälle der Substantive und die Formen der Verben.

- Der Politiker gefällt dem Urteil.
- Dem Urteil gefällt der Politiker.
- Das Urteil gefällt dem Politiker.
- Dem Politiker gefällt das Urteil.
- Manche Fälle machen den Bürgern Mut.
- Manchen Fällen machen die Bürger Mut.
- Den Bürgern machen manche Fälle Mut.
- Die Bürger machen manchen Fällen Mut.
- Gesetze setzen dem Volk oft Grenzen.
- Gesetzen setzt das Volk oft Grenzen.
- Dem Volk setzen Gesetze oft Grenzen.
- Das Volk setzt Gesetzen oft Grenzen.
- Nicht alle Fälle rechtfertigen eine Verfassungsbeschwerde.
- Nicht alle Fälle rechtfertigt eine Verfassungsbeschwerde.
- Eine Verfassungsbeschwerde rechtfertigen nicht alle Fälle.
- Eine Verfassungsbeschwerde rechtfertigt nicht alle Fälle.
- Das Bundesverfassungsgericht weisen viele Klagen ab.
- Das Bundesverfassungsgericht weist viele Klagen ab.
- Viele Klagen weisen das Bundesverfassungsgericht ab.
- Viele Klagen weist das Bundesverfassungsgericht ab.

Übt die Konjunktionen.

Welche Konjunktionen kommen in die Lücken?

Denn | weil | ob | dass | aber | wo

Das Bundesverfassungsgericht handelt da, etwas dem Grundgesetz widersprechen könnte.

Es ist nicht immer ganz klar, ein Fall eine Verfassungsbeschwerde rechtfertigt.

Mehrere Tausend Klagen gehen jedes Jahr ein, nur weniger als zehn Prozent werden zugelassen.

Manchen Politikern gefallen die Urteile des BVGs nicht, sie Einfluss auf die Politik nehmen.

Udo Di Fabio sagt, im Senat oft laut und stark diskutiert wird.

Für die zwei Muslima hat es sich gelohnt zu klagen, das BVG gab ihnen recht.